

Essener Irrweg - Bundesverband wirfahren kündigt rechtliche Schritte gegen Mindestpreise für Mietwagen an

Essen, 19. Dezember 2025. Zur Einführung von Mindestbeförderungsentgelten für Mietwagen in der Stadt Essen zum 1. Januar 2026 erklärt der Vorsitzende des Bundesverbands wirfahren, Thomas Mohnke: „Wir lehnen die Essener Mindestpreisregelung entschieden ab. Sie ist juristisch nicht haltbar, wirtschaftlich nicht begründbar und europarechtlich fragwürdig. Wir unterstützen daher die betroffenen Mietwagenunternehmen in Essen rechtliche Schritte einzuleiten.“

Ein Blick in andere nordrhein-westfälische Kommunen zeigt, dass es sinnvolle Alternativen zu umfangreichen Markteingriffen gibt. So hat die Stadt Solingen ihre Allgemeinverfügung zu Mindestbeförderungsentgelten im Dezember 2025 zurückgezogen und angekündigt, im Rahmen eines breiten politischen Prozesses nach Lösungen zu suchen. Laut Angaben der Stadt waren für die Rücknahme der Mindestbeförderungsentgeltregelungen unter anderem „kritische Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie aus den Ratsfraktionen“ ausschlaggebend. Neben Solingen haben auch Städte wie Leipzig – wo eine lokale Regelung zu Mindestpreisen bereits zweimal gescheitert ist – oder München von Plänen für Mindestpreise Abstand genommen.

Insbesondere auch, da die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Mindestpreisregelungen aufwirft. Der EuGH hat klargestellt, dass rein wirtschaftliche Schutzinteressen des Taxigewerbes keinen zwingenden Grund des Allgemeinwohls darstellen. Entsprechende Erwägungen dürfen daher nicht als Grundlage für Eingriffe in die Niederlassungs- und Berufsausübungsfreiheit von Mietwagenunternehmen herangezogen werden. „Wer Mindestpreise einführt, um bestehende Marktstrukturen abzuschotten, handelt europarechtswidrig. Solche Regelungen stehen in direktem Widerspruch zur EuGH-Rechtsprechung. Das lassen wir nicht unwidersprochen stehen“, so Mohnke weiter.

Der Bundesverband wirfahren kündigt an, betroffene Mietwagenunternehmen bei rechtlichen Schritten gegen die Essener Mindestentgeltregelung aktiv zu unterstützen. Mehrere Unternehmen haben bereits Widerspruch eingelegt.

Kontakt:

Max Zombek, kontakt@wirfahren.de, 030 4050292720

Über den Bundesverband wirfahren:

Der Bundesverband wirfahren vertritt die Interessen der Mietwagenunternehmen und Fahrerinnen und Fahrer in Deutschland. Als flexibler, digital vernetzter und bedarfsorientierter Mobilitätsdienst ergänzt die Mietwagenbranche den öffentlichen Nahverkehr, entlastet Innenstädte vom privaten Autoverkehr und bietet insbesondere im ländlichen Raum eine echte Alternative zum eigenen Pkw. Ob Kranken-, Schüler- oder Limousinenverkehr – ob eigenständig oder im Verbund mit Plattformanbietern: Mietwagen sind ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Mobilität. Wir treten ein für zeitgemäße gesetzliche Rahmenbedingungen, faire Wettbewerbsbedingungen und zukunfts- und kundenorientierte Mobilitätsdienstleistungen.